

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers, Michael Mertsch und Thomas Stukenberg

Menschenrechtssituation 1992

In einem Bericht zieht der 'Sri Lanka Information Monitor' Bilanz über die Situation der Menschenrechte im vergangenen Jahr. Glaubt man der srilankischen Regierung, so war 1992 durch durchgreifende Verbesserungen gekennzeichnet. Bei genauerem Hinsehen kam es jedoch nur zu einer lokalen Verschiebung der Probleme. Während im Süden die jahrelang angeprangerten Fälle von "Verschwinden lassen" nur noch in sehr geringem Umfang zu beklagen waren (das Schicksal von Zehntausenden von Verschwundenen ist dort nach wie vor ungeklärt), gehören diese und andere Vorkommnisse in anderen Landesteilen nach wie vor zum Alltag. Natürlich ist es für die srilankische Regierung einfach, die Tatsache, daß statt 40.000 Menschen im vergangenen Jahr nur noch 400 Menschen "verschwunden" sind, als besonders bemerkenswert herauszustellen. Aber obwohl zahlreiche westliche Länder, tief beeindruckt von diesen "Verbesserungen", ihre Vorbehalte gegen die srilankische Regierung zurückgeschraubt haben und sowohl finanzielle als auch militärische Hilfe wieder aufnehmen, darf nicht übersehen werden, daß die Verringerung derartiger Vorfälle nicht mit einer geänderten Haltung der Regierung einher geht, sondern allein mit der allgemein abnehmenden Aktivität bei der Suche nach mutmaßlichen Anhängern der JVP in Zusammenhang steht. Nach wie vor gelten im Lande die Bestimmungen des 'Prevention of Terrorism Act' und Notstandsgesetze ('Emergency Regulations'), die vor allen Dingen Inhaftierten jegliche Rechte nehmen. Die Bedrohung der Pressefreiheit hat gerade im vergangenen Jahr (siehe auch oben) erschreckend zugenommen, was das allgemein Klima von staatlicher Einflußnahme und Terror nur noch verstärkt hat, so daß jeder, der sich für die Rechte Anderer einsetzt, akut gefährdet ist.

Der andauernde Krieg fördert die Verletzung von Menschenrechten in erheblichem Maß, und zwar nicht nur in den Kriegsgebieten im Nor-

den und Osten, sondern auch in vielen anderen Landesteilen. Auf allen Seiten, sowohl durch Armee als auch auf Seiten der gegen den Staat kämpfenden, militärisch aktiven Gruppen gehen Menschenrechtsverletzungen wie Bedrohungen, physische Gewalt und Mord weiter, um die eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Anstatt auf eine Friedenslösung und damit auch ein Ende des Leidens der Zivilbevölkerung hinzuarbeiten, schienen im vergangenen Jahr alle Seiten vielmehr noch größere Anstrengungen auf eine militärische Lösung zu setzen.

Als Reflektion der fortgesetzten Kriegsagitation ist in allen Teilen der Gesellschaft eine wachsende Militarisierung und Bereitschaft zur Gewaltanwendung zu verspüren. Besonders betroffen machen die zahlreichen Gewalttaten gegen Frauen. Niemand kennt die genaue Zahl der an Zivilpersonen ausgegebenen Waffen, kaum einer weiß, wie oft Angehörige der Sicherheitskräfte ihre Position mißbrauchen. Die Anzahl der zur Zeit vor Gericht anhängigen Fälle stellt sicherlich nur die Spitze des Eisbergs dar: die Anklagen reichen von Mord, Vergewaltigung und Diebstahl bis hin zu Erpressung. Angesichts dieses Klimas von Einschüchterung und Gewalt erscheint es mehr als fragwürdig, ob die für den Juli vorgesehenen Neuwahlen der Provinzräte nach demokratischen Spielregeln ablaufen können.

Wie ein Hohn für die vielen Betroffenen klingt es dann, wenn Regierungsvertreter auf internationalen Zusammenkünften immer wieder betonen, daß die Menschenrechtsfrage eine "interne Angelegenheit" des Landes sei, und man sich eine Einmischung von westlichen Ländern in diese Probleme verbitte, ja sogar eine Kopplung mit finanziellen Hilfsleistungen an das Land für einen Skandal halte. So werden leicht all diejenigen in Sri Lanka, die sich für Menschenrechte einsetzen, zu Staatsfeinden abgestempelt. Trotz allem kamen auch 1992 wieder mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen ins Land. Zahlreiche Berichte erschienen nach den Besuchen, in über-

wiegender Zahl mit vernichtenden Ergebnissen. Die Regierung hat mittlerweile durch die Einrichtung verschiedener Institutionen (etwa die 'Human Rights Task Force' - HRTF) versucht, allen kritischen Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine nähere Betrachtung der Arbeit derartiger Einrichtungen läßt jedoch erkennen, daß es der Regierung in erster Linie um Anstrengungen zur Imagepflege geht, denn gleichzeitig ist keine der Strukturen, die zur Gewalt und Menschenrechtsverletzung im Lande beitragen, abgebaut worden. In den sechzehn Monaten ihrer Existenz hat die HRTF es nicht einmal geschafft, eine Liste aller Inhaftierten in den Gefängnissen und Lagern des Landes zusammenzustellen - eine ihrer Hauptaufgaben. Keine der Zusagen, die die Regierung auf der vorletzten Sitzung der UN Menschenrechtskommission in Genf im Februar 1992 gegeben hatte, wurde eingehalten.

5.320 Tage Ausnahmezustand

Der tamilische Parlamentsabgeordnete Joseph Pararajasingham (TULF) bemerkte anlässlich einer Rede im Parlament, daß seit der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 das Land an 5.320 Tagen unter Notstandsgesetzen regiert worden sei. Fünf Jahre unter der SLFP-Regierung von Frau Bandaranaike und 16 Jahre unter der derzeitigen UNP-Regierung. Für diese 'Leistung' müsse dem Land ein Platz im Guinness Buch der Weltrekorde eingeräumt werden. Der Abgeordnete fügte hinzu, in den vergangenen 15 Jahren seien insgesamt 75.000 Menschen aufgrund der Kriegssituation in Sri Lanka getötet worden. 75 Prozent davon seien Bewohner der Nord- und Ostgebiete der Insel gewesen.

Russische Kampfhubschrauber gegen Tamil Tigers

Seit Mitte März liefert Rußland Militärhubschrauber, Munition und Ausrüstung im Wert von über vier Millionen US-Dollar an die srilankische Armee zum Einsatz im Norden des Landes. Die drei in der zweiten

Märzwoche gelieferten Mi-8-Militärhubschrauber können mit Raketen, Maschinengewehren und Panzerabwehrwaffen sowie als Aufklärungshubschrauber ausgerüstet werden. Rußland hat angeboten, sich auch an der Ausbildung srilankischer Hubschrauberpiloten und Techniker im Zusammenhang mit dem Einsatz gegen die 'Tamil Tigers' beteiligen. Die letzte russische Militärhilfe für Sri Lanka liegt mehr als zwei Jahrzehnte zurück, als die alte Sowjetunion 1971 Mig-Kampflugzeuge und Helikopter zum Einsatz gegen die 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP) lieferte. Neuerdings fragt Sri Lanka auch in anderen osteuropäischen Ländern verstärkt um Militärhilfe nach, von wo auch die Bereitschaft zur Lieferung jeglicher Art von Waffen an jedes zahlungsbereite Land signalisiert wurde.

Lebensgefährliches Reisen im Norden

Das Gefährdung der Zivilbevölkerung auf dem Weg von oder nach Jaffna ist in den letzten Wochen weiter gewachsen. Seit Ende Januar, fast zeitgleich mit dem Einsatz neuer Hubschrauber, ist eine Überquerung der Jaffna Lagune bei Kilali fast unmöglich geworden. Die Streitkräfte machen regelrechte Jagd auf alle Boote, die sich in den Lagunengewässern befinden. Wie ein Betroffener, der auf dem Weg von Jaffna nach Colombo bei der Bootsüberfahrt nur knapp mit dem Leben davon kam, einem Mitarbeiter des 'Südasiensbüro' berichtet, wird von den beteiligten Sicherheitskräften bewußt in Kauf genommen, daß Zivilisten in großer Zahl zu Tode kommen. Boote werden, nach dem sie durch die Suchscheinwerfer entdeckt seien, solange aus Kanonenbooten oder der Luft beschossen, bis kein Lebenszeichen mehr vernehmbar ist. Auch das laute Schreien von Frauen und Kindern hält die Soldaten offenbar nicht von ihrem Vorgehen ab. Täglich werden an beiden Lagunenufern Leichen angeschwemmt. Inzwischen warten jeweils mehrere Tausend Menschen auf eine Lagunenüberquerung, um Jaffna zu erreichen oder zu verlassen.

Noch immer gibt es keine Lösung für eine mögliche Öffnung des Elephant Pass, der seit Mitte 1990 geschlossen ist. Zwar proklamiert die srilankische Regierung, daß keine Notwendigkeit für Reisende besteht, eine Bootsquerung bei Kilali

zu unternehmen (dies ist auch der Grund für die Ausrufung einer 'No-go zone' für die gesamte Lagune), aber in Colombo weiß man ebenso wie in Jaffna sehr genau, daß die Zufahrtswege zum Elephant Pass durch die LTTE blockiert und vermint sind. Der Zivilbevölkerung bleibt also keine Wahl. Waren seit dem Zusammenbruch der Verbindung über den Elephant Pass zwar jeher alle bisherigen Ersatzwege wie Benutzung einer Fähre bei Pooneryn (1991) und die Bootsquerung östlich des Elephant Passes (1992) offiziell illegal, so wurde der Personenverkehr auf diesen Wegen jedoch zumindest weitgehend geduldet (allerdings auch hier einzelne Angriffe aus der Luft). Im Falle des Wegs durch die Kilali Lagune seit Oktober des letzten Jahres versucht die Armee nun erstmals ausnahmslos, jeglichen Verkehr zu unterbinden. Das Resultat ist von seiner Grausamkeit bisher mehr als beeindruckend: Allein im Januar bezahlten etwa 150 am Krieg unbeteiligte Menschen die Bootsfahrt mit dem Leben, davon starben allein 50 bei einem einzigen Angriff am 2. Januar 1993 (siehe 'Südasiens' 1-2/93). Begründet werden diese Angriffe und die offizielle Sperrung der Lagune stets damit, daß die srilankischen Streitkräfte aus strategischen Gründen jegliche Aktivitäten der LTTE auf der Lagune unterbinden müßten. Es dürfte der Regierung schwer fallen, glaubwürdig zu machen, warum gerade so viele zivile Opfer zum Erreichen dieses Ziels notwendig sind. Während die LTTE mit ihren starken Antriebsmotoren für eine Bootsfahrt nicht mehr als 10 Minuten benötigen, dauert die Überquerung mit den kleinen, überladenen Booten, die die Zivilisten benutzen oft mindestens drei Stunden. Damit ist die Gefährdung, von der srilankischen Marine, die offensichtlich nicht zwischen LTTE und Zivilbevölkerung unterscheiden kann oder will, nicht ertappt zu werden, um ein Vielfaches höher. Inzwischen hat das 'Civil Rights Movement' (CRM) in Colombo mit einem Schreiben gegen die Vorgänge protestiert. Auch die Ausrufung einer 'verbotenen Zone' für die Lagune gebe den Streitkräften nicht das Recht, unbewaffnete Personen, die mit Boote die Lagune überqueren, anzugreifen. Vielmehr müsse die Regierung schnellstmöglich für einen sicheren Reiseweg zwischen der Halbinsel Jaffna und dem Süden sorgen.

Gerade mit der zuletzt genannten

Forderung sieht es aber denkbar schlecht aus. Seit Anfang des Jahres gab es bereits wiederholt Verhandlung durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) und dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) mit der LTTE und der srilankischen Armee um eine Wiederöffnung der Fährverbindung bei Pooneryn. Aufgrund des dort vorhandenen Armeelagers (wie am Elephant Pass) willigt die LTTE auf diesen Vorschlag jedoch nicht ein, während die Armee ihrerseits auch keine Bereitschaft zum Abbruch des Lagers zeigt. So ist zu befürchten, daß auch in der nächsten Zeit noch viele Menschen sinnlos ihr Leben riskieren müssen.

Versorgung in Jaffna

Keinerlei Verbesserungen der Versorgungslage lassen sich aus Jaffna melden. Generell erreichen derzeit nur wieder 60 Prozent aller benötigten Lebensmittel die Halbinsel. Inzwischen gibt es mit Ausnahme des ICRC keine Nicht-Regierungsorganisation (NRO), die von Seiten der srilankischen Regierung Genehmigungen zum Lebensmitteltransport nach Jaffna erhält. Und auch das Internationale Rote Kreuz kann Schiffsfrachten nach wie vor nur über den Hafen von Point Pedro entladen. Aufgrund der ungünstigen Bedingungen dauert das Entladen von Schiffen dort oft bis zu zehn Tage.

Die Preise für die meisten Grundnahrungsmittel befinden sich weiter auf astronomischer Höhe. Ein Kilogramm Reis ist derzeit nur für 60-65 Rs. erhältlich, die gleiche Menge Mehl kostet mindestens 28 Rupien. Dies sind Preise, die beim vier- bis fünffachen dessen liegen, was in Colombo zu zahlen ist. Auch Zucker (60 Rs./kg), Linsen (100 Rs./kg) und Kokosnüsse (37 Rs./kg) sind stark übersteuert, Milchpulver zur Kinderernährung ist meist überhaupt nicht erhältlich. Wer nicht in der Lage ist, die geforderten Preise zu zahlen, hungert. Zahlreiche Auswirkungen der Mangelernährung sind allerorten zu spüren. Selbst das bisher noch leicht und verhältnismäßig preiswert erhältliche Kerosin, (der einzig in Jaffna erlaubte Brennstoff) ist jetzt kaum noch unter 200 Rupien je Liter zu erhalten (ca. 12 Rs. in Colombo). Nach wie vor umfaßt die von der Regierung festgelegte Liste von verbotenen Versorgungsgütern 43 verschiedene Waren.

Mangel bestimmt auch weiterhin die medizinische Versorgung in Jaffna. Da die Preise für Medikamente in Jaffna ebenfalls um 100 bis 400 Prozent über den den regulären Preisen liegen, beschränkt sich angemessene Gesundheitsversorgung nur noch auf Bevölkerungskreise, die (z.B. durch Verwandte im Ausland) die nötigen Geldmittel aufbringen können. Malaria, Thyphus, Durchfallerkrankungen und psychische Schädigungen nehmen in enormem Maße zu. Seit Beginn des Jahres sind selbst im einzigen weiterhin arbeitenden Krankenhaus von Jaffna, dem General Hospital, keinerlei Röntgenaufnahmen mehr möglich.

Bisher waren alle Proteste der NROs in Jaffna gegenüber Colombo, die wirtschaftliche Blockade zu beenden, erfolglos. Die Lage der Bevölkerung ist zunehmend von Resignation gekennzeichnet. Mittlerweile sind 40 Prozent der Menschen in Jaffna von ihren Heimorten vertrieben, 60 Prozent haben keine Arbeit. In einigen Teilen der Halbinsel scheint die Einwohnerschaft nur noch aus Alten zu bestehen. Junge Leute und damit Kräfte zu einem möglichen Aufbau der Infrastruktur fehlen. Aufgrund der Kriegssituation besteht zwischen männlichen und weiblichen Einwohnern unter 25 Jahren in Jaffna heute ein Verhältnis von 1:8.

Flüchlingssituation

Nach Angaben von Dr. Raja Amarasakera (Ministerium für Rehabilitation), kehrten 1992 insgesamt 8.844 tamilische Familien aus Indien zurück nach Sri Lanka. Von diesen wurden 6.883 Familien (22.086 Personen) in Trincomalee, Mannar und Vavuniya angesiedelt. Über 1.700 Familien konnten bisher noch nicht umgesiedelt werden und leben weiterhin in Flüchtlingslagern in den genannten Distrikten. Über 800 Familien haben sich bereit erklärt, in bisher 'uncleared' (im Sprachgebrauch solche Gebiete, in denen die LTTE weiterhin aktiv ist) Gebieten zu siedeln, während 295 Familien bei Verwandten oder Freunden unterkamen. Unterdessen haben verstärkte Marinepatrouillen zu einer Unterbrechung des Fährverkehrs für die heimkehrenden Flüchtlinge geführt.

Nahrungsmittelhilfe

Das 'United Nations World Food Programme' (WFP) wird seine Un-

terstützung des 'Department of Social Services' fortsetzen, um die 60.000 Flüchtlinge, die augenblicklich in 174 Lagern leben, weiterhin mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Durch diese Fortsetzung seiner Aktivitäten spart das WFP der Regierung Sri Lankas in den nächsten sechs Monaten etwa 16 Millionen US-Dollar. Die Hilfe wird in Form von Rationen von 400 Gramm Reis, 60 Gramm Hülsenfrüchte und 15 Gramm Zucker pro Tag an Flüchtlinge verteilt, die im Besitz eines Bezugscheines sind.

Deutsche Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen

Die Bundesrepublik hat zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) 10 Millionen DM für Flüchtlingsprogramme in Sri Lanka bereitgestellt. Von dem Geld sollen Nahrungsmittel zur Versorgung der Binnenflüchtlinge im Norden und Osten gekauft werden. Bei einigen beteiligten NGOs wie SLEAT (Trincomalee), TDDA (Trincomalee) und KDRRO (Kilinochchi) muß bezweifelt werden, ob diese Organisationen logistisch in der Lage sind, die Planungen umzusetzen. Eine Organisation, das 'Mullaitivu Council of NGOs' ist in Fachkreisen gänzlich unbekannt. Unter den NGOs, die bundesdeutsche Gelder erhalten sollen, befindet sich auch die TRO ('Tamil Rehabilitation Organisation'), die vollständig unter Kontrolle der LTTE steht. Unklar bleibt die Überwachung des Programms. Die Bundesregierung gab über die Botschaft in Colombo bekannt, man vertraue den beteiligten Hilfsorganisationen. Wie aus NGO-Kreisen in Colombo verlautete, gibt es massive Kritik an der Vorgehensweise der Bundesrepublik. Ein Aktivist betonte, es sei zwar anerkennenswert, daß die Bundesrepublik den nicht-staatlichen Sektor unterstützen wolle. Man habe aber kaum nachgefragt, ob die einzelnen Organisationen überhaupt in der Lage seien, das Programm umzusetzen bzw. habe nicht nachgefragt, wer sich hinter den jeweiligen NGOs verberge. "Hier werden nur Schecks über hohe Summen an zum Teil fragwürdige Organisationen geschrieben. Dies ist ein abschreckendes Beispiel dafür, wie man den NGO-Bereich nicht unterstützen soll."

Ausländische Hilfsleistungen

Mit Blick auf ein für Juni geplan-

tes Treffen der 'Sri Lankan Aid Group' unter Führung der Weltbank hat die srilankische Regierung einer Gruppe von Vertretern verschiedener Geberländer mitgeteilt, Sri Lanka benötige für 1993 Finanzhilfen in einer Gesamthöhe von 800 Millionen US-Dollar. Dennoch bleiben etwa zwei Milliarden Dollar aus den letzten Jahren, die zum größten Teil für den Nordosten bestimmt waren, weiterhin ungenutzt. Ebenfalls unter Hinweis auf das Junitreffen hat das Finanzministerium eine weitere Abwertung der Rupie gegenüber dem US-Dollar angekündigt. Der neue Kurs für einen US-Dollar soll sich ab Juni bei etwa 47 Rupien einpendeln.

Kein Zweifel an Kittus Tod

Die indische Zentralregierung hat Anschuldigungen als haltlos zurückgewiesen, der LTTE-Führer Kittu habe die Schiffsexplosion im Januar überlebt und befinde sich in indischer Gefangenschaft (siehe 'Südasiens', 1-2/93). Die Vorwürfe kamen auf, da es bisher nicht gelang, den Tod Kittus einwandfrei zu belegen. Es wurde versäumt, die nach der Explosion geborgenen Leichen zu identifizieren. Die Aussage der geretteten Besatzung des Trawlers, wonach Kittu sich mit Hilfe einer Zyankalikapfel umgebracht habe, ist nur bedingt verlässlich. Sie hätten, so der mit dem Fall beauftragte Untersuchungsrichter, das Schiff zum Zeitpunkt des angeblichen Todes Kittus schon verlassen. Dennoch könne es keinen Zweifel an Kittus Tod geben, da außer der Besatzung des Schiffs niemand die Explosion und das anschließende Feuer überlebt habe (siehe auch: 'gelbe Seiten' in dieser Ausgabe).

Plantagenarbeiter

Der 'Ceylon Workers Congress' (CWC) und das 'Joint Plantation Trade Union Committee' haben die Bemühungen der neuen 'Plantation Management Companies', die Anzahl der Arbeitstage der Plantagenarbeiter zu kürzen, zurückgewiesen. Es wird berichtet, daß in den meisten Plantagen die Arbeiter nur 18 Tage pro Monat Arbeit erhalten wodurch sich ihr Lohn um etwa 300 Rupien verringert. Der CWC forderte in Gesprächen mit der Arbeitgeberseite ein Minimum von 300 Arbeitstagen pro Jahr für Plantagenarbeiter. Diese Forderung steht jedoch in krassem Gegensatz

zu den von der Regierung beschlossenen Sparmaßnahmen, mit denen die großen Verluste der Plantagen verringert werden sollen. Anfang März kam es in diesem Zusammenhang zu ersten Streikmaßnahmen im Plantagensektor Sri Lankas.

Schon in der ersten Februarwoche war es zu einer großen Streikaktion gekommen, an der sich über 10.000 Arbeiter aus neun Plantagen beteiligten. Sie forderten die Freilassung von 42 Jugendlichen, die verhaftet worden waren, nachdem sie ein sechs acres großes Stück Land in der Labukelle-Plantage besetzt hatten, um dessen Verkauf an einen privaten Gemüseproduzenten zu verhindern.

Weiter Druck auf kritische Presse

Verschiedene Regierungsmitglieder, Präsident Premadasa und regierungsfreundliche Zeitungen haben während der letzten Wochen wiederholt Teile der Presse, die sie als 'Oppositionszeitungen' bezeichnen, angegriffen. Diese Zeitungen, so der Tenor der Vorwürfe, würden gegen die Regierung arbeiten, griffen Premadasa persönlich an und übersähen bewußt die positiven Ergebnisse der Regierungsarbeit. Sie seien anti-national und von ausländischen Interessen dominiert, die einen Sturz der Regierung Premadasa beabsichtigten. Ein Kommentator des von der Regierung kontrollierten 'Sunday Observer' deutet zum Beispiel das Fehlen jeglicher Anzeigen in einigen oppositionellen Zeitungen und Magazinen als Hinweis auf verborgene, möglicherweise ausländische Geldquellen für diese Blätter. Unter dem Vorwand, die Einkommenssituation der verschiedenen Publikationen zu überprüfen, führte seit dem ersten Februar das Finanzamt Durchsuchungen mehrerer Zeitungsbüros durch. Durchsucht wurden unter anderem die Büros der Tageszeitung 'Sunday Times' sowie die sinhalaisch-sprachigen Wochenblätter 'Yukthiya', 'Lakdiva' und 'Ravaya' und die Druckereien, in denen diese Zeitungen gedruckt werden. Beobachter sehen in diesen Aktivitäten eine Regierungskampagne gegen Zeitungen und Zeitschriften, die regierungskritisch berichten und schreiben. Im Parlament haben diese Übergriffe gegen nicht staatlich kontrollierte Zeitungen zu heftigen Diskussionen geführt und die Opposition veranlaßt, in einer gemeinsamen Erklärung das Vorgehen der Regierung zu verurteilen (siehe auch

'Südasiens', 8/92 und 1-2/93).

Neue Schnellstraße zwischen Colombo und dem Flughafen?

Die Regierung Sri Lankas plant den Bau einer 31 km langen Schnellstraße zwischen dem Hafen in Colombo und dem internationalen Flughafen in Katunayake. Für das Projekt, das umgerechnet 550 Millionen DM kosten soll, müßten 2.500 Familien ihre Häuser und ihren Grundbesitz aufgeben. Dabei stehen zwei alternative Trassenführungen zu Verfügung, die ohne solche 'Nebeneffekte' verwirklicht werden könnten. Beide Varianten werden jedoch von der Regierung als zu teuer und nicht praktikabel abgelehnt. Die erste Alternative sieht eine Trassenführung entlang des 'holländischen Kanals' vor, die andere befürwortet den mehrspurigen Ausbau der bereits bestehenden Straße zwischen Colombo und dem Flughafen in Katunayake. Die Regierung weist in ihren Stellungnahmen lediglich darauf hin, daß die

betroffenen Familien ausreichende Ausgleichsleistungen in Form von Land und Geld erhielten. Während die Regierung die Kosten für solche Kompensationsleistungen übernimmt, wird die neue Straße durch die japanische Regierung finanziert und von einem japanischen Konsortium gebaut. Die geplante Schnellstraße wird für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sein und soll ausschließlich dem Gütertransport zwischen der Exportförderzone (FTZ) um den Flughafen und dem Hafen von Colombo vorbehalten sein. Neben dem Frachtverkehr wird die Straße dann nur noch VIP's als schnelle Verbindung vom Flughafen zur Hauptstadt zur Verfügung stehen. Die von den Baumaßnahmen betroffenen Menschen haben sich in einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen und bitten um internationale Unterstützung zur Verhinderung des Projekts (weitere Kontakte: 'Women's International League for Peace and Freedom', 225 1/1, Dr. N.M. Perera Mawatha, Colombo 8).



(aus: 'The Island')